

Redaktion und Verwaltung: Prag II., ... An ... Telegramm ... Sozialdemokrat, Prag II., ... Postfachamt 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus ... monatlich ... vierteljährlich ... halbjährig ... ganzjährig ...

Der rotweiße General.

Der Herr Senator und Universitätsprofessor Dr. Mareš hat schon wiederholt dadurch von sich reden gemacht, daß er in Gemeinschaft mit dem Schriftsteller und Abgeordneten Dr. Dyl und der nationaldemokratischen Amazone Vít-Kuněšitzky in nicht gerade sehr offener und ehrenvoller Weise eine Kampagne gegen Masaryk, Dr. Beneš und die von ihnen vertretene politische wie nationale Richtung führt.

Bei den Rotweißen ist also weniger eine Steigerung ihrer moralischen Qualitäten, als ein Wechsel der Farben zu verzeichnen. Sie haben eine ähnliche Entwicklung genommen wie die Alldutschen, nur umgekehrt: diese waren früher in Oesterreich antidemokratisch, antihabsburgerisch, jetzt ergläßt ihr Herz, wenn auch im geheimen, für den Monarchismus und wäre es auch jener der verwahrlosten Habsburgerfamilie.

Der Lohnkampf in der chemischen Industrie.

4000 Arbeiter im Kampfe. — Eine Preisse in der Front der Unternehmer.

Aussig, 11. April. (Eigenbericht.) Die bereits angekündigten Maßnahmen der Arbeiter und Unternehmer sind heute Mittwoch automatisch in Kraft getreten. Um 6 Uhr früh versammelte sich die Belegschaft der Firma Schicht, worauf ihr mitgeteilt wurde, daß sie mit Ausnahme des Betriebsausschusses entlassen sei.

Die Firma Lind u. Bergloeb in Schreckenstein, die aus drei Betrieben besteht und eine chemische und eine Textilabteilung hat, hat, nachdem sie bereits den chemischen Vertrag aufgelündigt hat, auch den Textilvertrag aufgelündigt und ruft nun auch den Textilarbeitern dieselben Lohnherabsetzungen zu, wie den chemischen Arbeitern.

Die Arbeiter der übrigen Betriebe werden in den nächsten Tagen zu entscheiden haben, ob sie in den Kampf eintreten werden. Verschiedene Betriebe haben den Arbeitern bereits erklärt, daß sie bereit sind, die Arbeiterschaft unter den alten Lohnbedingungen arbeiten zu lassen.

des Befreiers der tschechischen Nation herabzuweisen und ihn Dr. Masaryk und den Männern des 28. Oktober anzuhängen, deren Wirken nicht so ungeschicklich war wie die Arbeit im befreundeten Ausland. Und weiter: „Die Männer, die im Ausland arbeiteten, haben große Verdienste, aber die Tat selbst wurde in Prag vollbracht... Wist ihr, was später geschah? Das Volk hat auf den 28. Oktober vergessen.“

Die vornehme Kampfweise des Senators Dr. Mareš hat nun kürzlich dem bekannten Professor Dr. Madl, der der Richtung des Präsidenten Masaryk nahe steht, die Zunge gelöst und er entwarf von dem rotweißen General im „Pravo Lidu“ ein Porträt, das an Naturtreue nichts zu wünschen übrig läßt.

nehmer hat somit die erste Preisse erlitten.

Der Unternehmersachverband veröffentlicht im „Aussig“, „Tagblatt“ einen Bericht über die Lage, in dem er bewußterweise die Löhne der Arbeiter fälscht. So berichtet er über Löhne, die erst bei einer Arbeitszeit von sieben Schichten, also bei 56 Stunden erreicht werden können.

Die Arbeiter sind entschlossen, den Kampf um ihre Existenz und Löhne zu einem siegreichen Ende zu führen. Die Vertreter der Behörden hatten sich auch im Laufe des Mittwochs bemüht, nochmals eine Einigung herbeizuführen, ohne jedoch einen Erfolg zu haben.

Berräter der Arbeiterschaft.

Aussig, 11. April. (Eigenbericht.) Wie sich leider herausstellte, haben sich bei den Schichtwerken bereits Elemente aus dem Meister- und Aufsichtspersonal gefunden, die der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe in den Rücken fallen und verschiedene Arbeiten an der Kohlenhängebahn, in der Heizanlage des Kesselhauses und bei den Lichtanlagen verrichten.

lange Zeit einen Assistenten, der Preusse war, von dem er selbst später zugeben mußte, daß dieser ein österreichischer Spitzel war. Madl fragt nun: „Wieso kommt es, daß dieser Spitzel über Dr. Mareš nichts Hochverräterisches anzeigte? Damals hat Mareš die Gelegenheit verkannt, zu zeigen, wie er die Notwendigkeit des Märtyrertums für die Nation fühlte.“

Warum wir dies erzählen? Der häusliche Streit im tschechisch-nationalen Lager brauchte uns eigentlich wenig zu kümmern, aber er lehrt, daß der Nationalismus und seine Träger bei allen Völkern im Wesen gleich sind. Es ist nämlich, wenn auch wenig appetitlich, die unterschiedlichen Vertreter der Nationallehre, die sie allein gepachtet zu haben vorgeben, im Neugierig zu sehen.

Ein par Worte der Erinnerung.

Von Friedrich Adler.

Ende Juli 1916 standen wir im Züricher Krematorium am Sarge Gustav Ecksteins und Martow, der als Vertreter der russischen Sozialdemokratie sprach, schloß seinen ergreifenden Nachruf mit den Worten: „Wir, die wir die Tätigkeiten Ecksteins verfolgen konnten, wissen, daß er wie gar wenige Sozialdemokraten unserer Generation über die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die revolutionäre Standhaftigkeit verfügte, die der historische Moment erfordert.“

Diese Worte — die letzten, die ich im Arriage von Martow persönlich hörte — wollen mir heute nicht aus dem Sinn, denn die Worte gelten im höchsten Maße für den Freund, den uns das grausame Schicksal nun entrißen hat. Wir wissen, daß Martow „wie gar wenige Sozialdemokraten unserer Generation über die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die revolutionäre Standhaftigkeit verfügte, die der historische Moment erfordert.“

Vier Jahre später, am 6. Dezember 1920 trafen wir uns wieder persönlich an der internationalen Konferenz in Bern und sofort trat die vollständige Übereinstimmung unserer Auffassungen über die Möglichkeiten der Internationalen zu Tage. Mit der vollen kritischen Schärfe, die Martow auszeichnete, warnte er vor allen Illusionen über die Möglichkeiten der internationalen Entwicklung in den nächsten Jahren, trat aber mit gleicher Entschiedenheit für die unzweideutige Herausarbeitung der prinzipiellen Gesichtspunkte des revolutionären Sozialismus ein.

Zwei Monate später kam Martow zu der Internationalen Sozialistischen Konferenz nach Wien, wir gründeten die J. A. S. P. Martow wurde als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands in die Exekutive gewählt. Schon damals in Wien erfüllte uns das schwere Schicksal, das ihm das Sprechen zur Qual machte und ihn doch nicht hindern konnte, trotz aller Schmerzen immer wieder das Notwendige zu sagen, mit schwerster Sorge. Und als unferer Exekutive im Dezember 1922 mitgeteilt wurde, daß Martow zeitweise sein Mandat niederlege, um in einer Heilanstalt im Schwarzwald Genesung zu suchen, wußten die engeren Freunde bereits, daß beinahe alle Hoffnung geschwunden sei, das für die sozialistische Bewegung so kostbare Leben zu erhalten.

„Wir glauben, daß allen Verhandlungen über die Verschmelzung der beiden internationalen seitens der Wiener Arbeitsgemeinschaft zwei prinzipielle Thesen zugrunde zu legen sind, die unter keinen Umständen fallen gelassen werden dürfen und die etwa folgendermaßen formuliert seien: 1. Die Internationale setzt ihre Tätigkeit auch im Kriege fort; 2. insinuationen über Fragen nationaler Politik gilt die Internationale als entscheidende Instanz.“

Beide Thesen Martows haben in dem Statutenentwurf für die neue Internationale Aufnahme gefunden. Martow war sich festlos klar, daß die „Verschmelzung der beiden bestehenden Internationalen keineswegs als ein Schritt in der Richtung auf die Internationale der Tat zu betrachten ist, wie sie seit dem Zusammenbruch von 1914 zum Symbol einer wirklichen Wiedergeburt der internationalen Sozialdemokratie geworden ist.“ Er war sich klar, daß „auch der ähnhere Rahmen der geeinten Internationale äußerst weit, mindestens so weit wie 1914 gespannt werden und dementsprechend auch die Aufnahmebedingungen für den Eintritt in die Internationale durchaus weitberzig gefaßt werden müßte.“ Aber trotzdem die Verschmelzung bei weitem nicht die Erfüllung unserer Ideale bedeutet, war Martow sich so wie immer klar, daß es nun erst recht gelte, für diese Ideale weiter zu kämpfen: „Innerhalb dieser großen, formlosen, heterogenen Organisation werden wir Marxisten unsere Aufgabe der Revolutionierung des sozialistischen Bewußtseins und der Vorbereitung der notwendigen Bedingungen für eine aktionsfähige und tatkräftige Internationale wieder aufnehmen müssen.“

Und nun stehen wir an seiner Bahre und sehen schmerzhaft, daß in der nächsten Phase unserer Kämpfe, die er so klar vorgezeichnet hat, wir auf seinen tiefdurchdachten Rat, auf seine leidenschaftliche Mitarbeit verzichten müssen, daß er, einer derer, die mit größtem Rechte den Ehrennamen eines Schülers von Karl Marx für sich in Anspruch nehmen dürfen, nicht mehr mitwirken kann an unserer großen Aufgabe der Revolutionierung des sozialistischen Bewußtseins.

Inland.

Die Spaltung in der tschechischen Sozialistenpartei bespricht Dr. Nejedly in der letzten Nummer des „Bar“. Er behandelt zunächst den Verfall der tschechischen politischen Parteien überhaupt und kommt dann auf die Krise der tschechischen sozialistischen Partei zu sprechen. Die Krise dieser Partei ist bedingt durch den Kampf zwischen der grundsätzlichen Elementen und den grundsätzlichen Sozialisten in der Partei. Es ging hier besonders um Meinungsverschiedenheiten in den Ansichten über wichtige Fragen des Sozialismus und des kulturellen Fortschrittes, welche diese beiden Gruppen in Gegensatz gebracht haben. Da aber jene grundsätzlichen Sozialisten in die Partei erst zu Kriegsende, als die organisatorischen Bedingungen für das künftige politische Leben gebildet werden sollten, eintraten, während die grundsätzlichen, mit der Stimmung hin- und her schwankenden Elemente die alten nationalsozialistischen Elemente sind, hat sich somit die Partei gleichzeitig in die ehemalige nationalsozialistische Partei und in die neue n Mitglieder der Partei aus dem Jahre 1918 zerlegt. Die Spaltung ist also nichts anderes als die Teilung in die Gruppen, aus denen die Partei im Jahre 1918 gebildet wurde. Es kam jetzt dazu, weil die Fesseln, die die Partei zusammenhielten, fielen. Diese Fesseln waren der Sozialismus und der kulturelle Fortschritt. Im Jahre 1918 herrschte bei uns eigentlich eine allgemeine Stimmung für den Sozialismus. Deswegen hatte gerade die Partei, die auf Stimmungen am meisten reagierte, sich am leichtesten für den Sozialismus gewinnen lassen und das umso mehr, als sie damals völlig zerstreut war und ein Bindemittel suchen mußte. So hat sie also auch die kleineren und wirklich sozialistischen, grundsätzlichen Elemente angezogen, die bisher zu keiner großen Partei gehörten. Es handelt sich heute hauptsächlich um zwei Gruppen, die mit ihrer Partei auseinandergegangen sind. Es sind dies vor allem die nordböhmischen Bergarbeiter, die schon vor dem Krieg eine Welt für sich gebildet haben, das heißt eine Arbeiterbewegung, die nicht beherrscht ist vom reinen Marxismus, sondern von der Ideologie des sogenannten Anarchismus. Aus dieser Gruppe stammen Dr. Urban, Drazl und die Landa-Schickl. Die zweite Gruppe wird repräsentiert durch die tschechische Freidenkervereinigung „Volna myslentka“. Diese Gruppe glaubte, daß die neue Partei eine konsequente kulturelle Politik betreiben werde. Ihre Hauptfrage war die Trennung der Kirche und Staat. Durch die Spaltung der Partei in dieser Frage gelangt nun Dr. Bartosel und Prof. Krejci mit ihr in Konflikt und es ist weiter nicht zu verwundern, daß diese deshalb mit Bartosel gingen. Professor Nejedly gibt weiter der Meinung Ausdruck, daß das Hauptverdienst an der Spaltung der tschechischen Sozialisten die Koalitionstrage. Es war ein geschickter Zug der Koalitionsträger gegen diejenigen, die nicht genug unterwürdig und für die Koalitionspolitik nicht genug verlässig waren. Die Koalition richtig, wenn auch nicht auf ewig, so doch aufrecht lange Zeit ein und tritt deshalb gegen alle auf, die ihr keine genügend verlässliche Stütze bilden. Sie spielte sogar mit Dr. Beneš selbst, um ihn politisch zu schwächen und so eine politische Konkurrenz loszuwerden. Sie machte ihn zum Ministerpräsidenten, aber hat gleichzeitig auf seine Schultern die schlechtesten und unpo-

Ein Ultimatum an Deutschland?

Entente-front in der Reparationsfrage.

Berlin, 11. April. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Paris: Wie wir von diplomatischer Seite erfahren, findet augenblicklich ein sehr lebhafter Gedankenaustausch zwischen Paris, London, Brüssel und Rom statt, der nicht nur als Vorbereitung für die Freitagsgesprächung anzusehen ist, sondern als der erste Schritt zur Wiederaufrichtung des gesamten Reparationsproblems mit gemeinsamer alliierter Front. Von französischer, anscheinend sehr gut unterrichteter Seite, hören wir dazu weiter, daß an Deutschland in kürzester Zeit eine Aufforderung gerichtet werden soll, für die

Lösung des Reparationsproblems bestimmte Vorschläge zu machen. Es heißt sogar, daß diese Forderung einen ultimativen Charakter trage. Wenn Deutschland dieser Aufforderung nicht nachkäme, würde mit einer Blockade der Häfen von Bremen und Hamburg gedroht werden. Es sollen Truppen versenden oder unmittelbare militärische Maßnahmen anscheinend nicht ins Auge gefaßt sein, wohl aber soll durch aktivierte Kriegsschiffe auf hoher See die Ein- und Ausfahrt nach beiden Häfen verhindert werden.

Eine verfehlte Meldung.

Berlin, 11. April. (Eigenbericht.) Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß man in Berlin in höchsten Regierungskreisen bereits von einem direkten Angebot an Frankreich spreche. Die Londoner Besprechungen hätten großen Eindruck auf die Regierung gemacht und Dr. Rosenberg würde ein Programm unterbreiten, das über das von Dr. Bergmann der Pariser Konferenz vorgelegte hinausgehe. Vor allem werde Deutschland sich erdödig machen, die alliierten Schulden an Amerika zu übernehmen, wenn Frankreich seinerseits seine Forderungen zurückschraubt. Ähnliches will dasselbe Blatt aus London gehört haben.

Die Meldung dürfte den Tatsachen einigermaßen vorauslaufen. In Berlin ist uns bekannt, daß die einzelnen Ressorts an einem Reparationsprogramm arbeiten, doch hat die Regierung Cuno ihren Standpunkt, nur mit der Gesamtheit der Alliierten verhandeln zu wollen, bisher nicht aufgegeben.

Einmarsch ins Neckargebiet.

Manheim, 11. April. (Wolff.) Heute früh gegen 9 Uhr marschierte eine französische Kompanie von Ludwigshafen über die Rheinbrücke in das Industriegebiet am Neckar ein. Eine Abteilung umstellte das Bureau der Transportarbeiter- und Schiffergewerkschaft, offenbar in der Absicht, die im Gewerkschaftsgebäude aufbewahrten Lohngehälter zu beschlagnahmen.

Gebäudebesetzungen.

Münster, 11. April. (Wolff.) Die Franzosen haben heute vormittag den Bahnhof Redlinghausen Süd und in Redlinghausen selbst die Stadt- und Kreisparke besetzt.

Massenräumungen von Wohnungen.

Köln, 11. April. (Wolff.) In Koblenz sind bis heute vormittag 70 Dienstwohnungen, die ungefähr 250 Personen beherbergten, geräumt worden. Weitere 30 Dienstwohnungen müssen auf Befehl der Franzosen im Laufe des heutigen Vormittags geräumt werden.

ulärsten Gesetze abgewälzt, damit er sie durchführe und sich so diskreditiere. Als die Koalition schließlich unter dem Druck des Präsidenten Farbe bekennen und ihr Regime auf ihre eigene Schultern nehmen mußte, tat sie dies mit dem festen Willen nunmehr jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen. Im Geiste dieser Koalitionspolitik mußten auch die unverlässlichen Leute, welche noch Grundstöße hatten — was allerdings die Koalitionspolitik nicht brauchen kann — last gestellt werden. Der Vorwand wurde im Gesetz zum Schutze der Republik gefunden. So gebot es eine sich gegenseitig unterstützende Gesellschaft von Politikern, die Koalition genannt wird.

Die Auflösung des Reichenberger Magistrats war Montag Gegenstand einer Sitzung der Kreisleitung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Reichenberg, die folgenden Beschluß faßte: „Die Kreisleitung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Reichenberg verurteilt den neuesten Gewaltakt der Staatsbehörden gegen die Stadt Reichenberg. Sie protestiert gegen den brutalen Eingriff der Staatsgewalt in Rechte, die in keiner wirklichen Demokratie angegriffen werden dürfen. Derartige polizeiliche Ausnahmeverfügungen, wie es die Besetzung der politischen Autonomie der Stadt Reichenberg eine ist, gereichen dem Staate nicht zur Ehre und verdunkeln den Namen der Republik. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei nimmt einmütige Stellung gegen derartige Gewaltmaßnahmen, die eine Auswirkung des reaktionären Schutzgesetzes sind. Sie wird den Kampf gegen die Willkürlichkeiten polizeilicher Verfügungen und den weiteren Kampf gegen das drückende Schutzgesetz überhaupt geschlossen und unerschrocken führen.“

Die Regierung und die Erhöhung der Zuderpreise. Das Ernährungsministerium ist nicht gewillt, die vom Zuderartell beschlossenen Preise zu genehmigen und es wird in allerhöchster Zeit eine Verordnung erlassen werden, durch die die Zulieferpreise im Kleinverkauf geregelt werden. Sie dürfen nicht höher sein, als die bisherigen Preise und jede andere Preisfestsetzung wird als unzulässig erklärt. Gleichzeitig wird die Bevölkerung aufgefordert werden, jeden Fall, in dem der Zuder im Kleinverkauf teurer verkauft werde, dem Wucherer zu melden. Das Ernährungsministerium will auch verhindern, daß die Zuderindustrie schon jetzt, ohne Bewilligung der Regie-

Tages-Neuigkeiten.

Das Verblöden, das der Regierung so sympathisch ist. Ein Prager Blatt ließ sich gestern in einer Notiz unter anderem folgendermaßen vernehmen:

„Vorerst sei festgestellt, daß das Verblöden in allen Ländern und unter allen politischen Regimes eine Beschäftigung darstellt, die nur vom Standpunkt der Behörden freudig begrüßt werden kann. Vödsinnige machen keine Politik, beteiligen sich nicht an Umtrieben, folgen dem Volkstiften, der ihnen einen Befehl erteilt, kurz stellen die Elite des Staatsbürgertums dar. Der Vödsinnige ist immer der Ansicht der Mehrheit und sollte daher in demokratischen, wie absolutistischen Staaten hoch geehrt werden.“

Das klingt doch stark ironisch, für die Regierung klar und man mühte sich eigentlich wundern, daß da der Zensor nicht eingegriffen hat — wenn man nicht wüßte, daß diese Sätze in der „Prager Presse“ standen. Wie aber um alles in der Welt kam das Regierungsorgan dazu, so offen von der Verblödungspolitik zu sprechen und also die „Ansichten der Wahrheit“ durch solche Abhandlung zu besetzen? Das Geheimnis liegt darin, daß ein Schmod der „Prager Presse“ in der Rubrik „Der Tag in Prag“ über die „Cocainomanie“ schrieb, welche die Verblödung zur Folge hat. Und in diesem Zusammenhang ließ sich der Unbedachte hinreichend, ohne Zieren auch einmal über jene Verblödung zu schreiben, die die Aufgabe der „Prager Presse“ ist.

Achtzehn Monate! Unter einer Abordnung von Arbeitslosen aus Kosten, die bei der politischen Bezirksverwaltung in Teplitz vorprach, besand sich — so schreibt die Teplitzer „Freiheit“ — auch ein Mann, ein Vater von vier Kindern, der seit achtzehn Monaten arbeitslos ist. Er hat kein Hemd mehr auf dem Leibe. Und die Kleider, — ja, die sind solcher Art, daß jeder gutgeleidete Bürger dem Manne, wenn er ihm auf der Straße begegnet, vorichtig ausweicht. Pöbel...! Und doch, der Mann, der nun schon achtzehn Monate lang arbeitslos ist, hat noch nicht gestohlen! Ist das nicht heldenhaft, zu hungern und doch nicht zu stehlen? Kein Hemd zu besitzen und doch keines zu rauben? Aber wie lange soll dieses Heldentum andauern, wie lange der Kampf zwischen Hunger und den Geboten der öffentlichen Moral? Wenn im zwanzigsten Monate der Arbeitslosigkeit die Eier, sich endlich einmal satt-zuessen, alle Dämme, die die Heiligung des Eigentums aufgerichtet hat, niederreißen und der Hungerfurch der Kinder alle Einwände der Vernunft überläßt, — wenn ein Mensch, der eineinhalb Jahre lang sich vergebens gegen den Sturz ins Lumpenproletariat wehrte, vielleicht doch zum Sünder wider die Gesetze der Gesellschaft wird, dann erst wird sich diese Gesellschaft um ihn kümmern, — dann hat sie Gendarmen, Richter, Gefängnisse und Aufseher für ihn bereit, — für den, den sie schuldig werden ließ.

Ein netter Diener des Herrn. Ein Genosse, der das Böhmerwaldgebiet in der Nähe von Hohenfurth — einen schwarzen Winkel — vor Kurzem bereiste, erzählte uns folgende wahre Begebenheit: „In das Bahnhofs-gasthaus von Jartlesdorf kam eines Abends ein ziemlich heruntergekommener Mensch, der sich als ehemaliger Laienbruder eines Klosters vorstellte. Als Gegenleistung für die ihm verabreichten Almosen erheiterte er die Anwesenden durch Vortrag von lateinischen Kirchengesängen und Meßgebeten und trank dabei, um sich Stärkung zu verschaffen, „reinen“ unverdünnten Brennspiritus. Auf Vorhalten unseres über den Brennspiritustrinker entsetzten Genossen meinte der Klosterbruder kaltblütig: „Es schadet gar nichts, wenn ich zu Grunde gehe, weil ich zum Auffängen schon zu feige bin“. Darauf erfuhr unser Genosse, daß sich der betreffende Klosterbruder auf den einschichtig gelegenen Häusern herumtreibt und sich für einen von der Diözesan-Bundes gesandten Missionär ausgibt. Die männlichen und weiblichen Beschworesenen des dortigen Gebietes schenken dem Subjekt ohne weiteres Glauben — trotz seiner zerrissenen Hosen —, weil er doch lateinisch beten und singen kann und sie ließen sich sogar von ihm Beichte abnehmen. Der gute Klosterbruder kommunizierte die Leute in allen Fällen in Ermangelung einer wirklichen Hostie mit Saccharintableten. Nach Mahnrede der Größe des gegebenen Trunkmaßes spendete der biedere Klosterbruder Abfälle auf unbegrenzte Dauer. — Es wäre hoch an der Zeit, daß auch in dieses Gebiet der Sozialismus seinen Einzug hielte, um dort seine aufflarende Wirkung zu tun.“

Ein eingekerkertes Verleibiger Oberis. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wurde gestern gegen den Pfarrer Dr. Traub wegen Verleibigung des Reichspräsidenten verhandelt. Ein von Dr. Traub verfaßter, in der „München-Augsburger Abendzeitung“ erscheinender Artikel hatte dem Reichspräsidenten vaterlandswidrige Gesinnung vorgeworfen. Die vom Vorsitzenden angeregte Vergleichsverhandlung führte zu einer Erklärung Dr. Traubs, in der er aufgrund der Vergegenwärtigung gab, daß der inkriminierte Artikel eine schwere Kränkung des Reichspräsidenten enthalte. Dr. Traub ist bereit, den Wortlaut der Erklärung in der „München-Augsburger Abendzeitung“ zu veröffentlichen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Das Verfahren wurde daraufhin unterbrochen, bis vom Reichspräsidenten die formelle Zurücknahme des Strafantrages erfolgt.

Herabsetzung des Elektrizitätspreises für Groß-Prag. Laut Befehl des Verwaltungsrates der elektrischen Betriebe wird noch in diesem Mo-

Gegen die passive Politik der Reichsregierung.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 11. April. (Eigenbericht.) Bei dem heutigen Wiederzusammentritt des Reichstages widmete dieser der außenpolitischen Lage größtes Interesse. Trotz der Ankündigungen Poincarés, daß die französische Politik sich nicht geändert habe, hält man es nicht für ausgeschlossen, daß sich die Möglichkeit einer schnellen Verständigung bald ergibt. Es ist daher begreiflich, daß nicht nur in Kreisen der Linken, sondern auch bei der Volkspartei der Wunsch nach einer aktiveren Politik der deutschen Regierung aufsteht. Man erwartet aktive Politik von der Regierung insofern, als man die Ausarbeitung eines Reparationsprogrammes verlangt, das der Welt zeigen soll, wie Deutschland sich die Lösung der Reparationsfrage vorstellt.

Nächste Woche soll der Etat des auswärtigen Amtes verhandelt werden. Sollte bis dahin die Regierung in ihrer Passivität verharrten, so dürfte es zu interessanten Debatten über die Außenpolitik kommen. Der Reichstag wird dann noch den Etat des Wirtschaftsamtbes erledigen und hierauf in die Debatte über die Interpellationen wegen Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei eingehen.

Die Ausweisungen.

Koblenz, 10. April. (Sabas.) In der Zeit vom 1. bis 5. ds. wurden auf Anordnung der interalliierten Oberkommission für das Rheinland 650 deutsche Beamten, zum größten Teile Funktionäre von Zoll- und Eisenbahnämtern, ausgewiesen.

Freilassung Hammus aus der Haft.

Berlin, 11. April. (Eigenbericht.) Der gestern von den Franzosen in Scharnhorst wegen Uebertretung des Einreiseverbotes für deutsche Minister verhaftete Staatssekretär Hamm, der als Regierungsvertreter an der Essener Trauerfeier teilnehmen sollte, ist heute wieder entlassen worden und in Berlin eingetroffen. Die Reichsregierung wird wegen seiner Verhaftung einen scharfen Protest erheben.

Abgeordneter Dr. Rubiele ist bekanntlich vor einiger Zeit nach Italien gefahren, um den Führer seiner Partei, den Ministerpräsidenten Zvehla, über die Böhemiabankaffäre zu informieren, das heißt, um vor allem seine Person „reinzuwaschen“. Es ist ihm dies aber nicht gelungen, da ihn Ministerpräsident Zvehla nicht einmal empfing. Am Mittwoch fand er sich im Abgeordnetenklub der agrarischen Partei im Abgeordnetenhaus ein. In einer dort stattgefundenen Klub Sitzung über die nähere Mitteilung zu machen die agrarischen Abgeordneten mit dem Bedenken, daß es sich um eine vertrauliche Sitzung handelt, ablehnten, wurde der Beschluß des Präsidiums der Partei, Dr. Rubiele aufzufordern, das Mandat niederzulegen, zur Kenntnis genommen. Derweil wartete Abgeordneter Dr. Rubiele vor der Türe des Abgeordnetenklubs, wo ihm vom Beschluß der Klub Sitzung Mitteilung gemacht wurde. Wir haben bereits gemeldet, daß das Ansuchen um Auslieferung des Abgeordneten Rubiele vom Abgeordnetenhaus dem Immunitätsausschuß zugewiesen wurde. Dem Gesuche dürfte einstimmig willfahrt werden, da sämtliche Koalitionsparteien, auch die tschechischen Agrarier, beschlossen haben, für die Auslieferung des Dr. Rubiele zu stimmen.

Das Programm des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in der Slowakei umfaßt folgende Bauten: Ein Internat, eine Wirtschaftsschule und ein Gebäude mit fünfzig Wohnungen für Staatsangestellte in Kaschau, ein Gebäude für Gewerbetreibende in Preßburg, ein Gebäude für die philosophische Fakultät der Komenskiuniversität und zwei provisorische Gebäude für Volksschulen in Preßburg, ein Gebäude für ein Realgymnasium in Zvolen, ein städtisches Rathaus in Komarno, ein Gebäude für die Bürgerschule von Pöstyen. Außerdem sollen an der polnischen Grenze 38 Zollhäuser und an der magyarischen Grenze zwölf Zollhäuser gebaut werden. Daneben sollen in der Slowakei elektrische Zentrale für 16 Millionen Kronen errichtet werden und Flußregulierungen erfolgen.

nale der Preis für die Lichtenergie in Groß-Brug einheitlich geregelt. Anstelle der bisherigen Preise, die bis 4 K 32 h für eine Kilowattstunde betragen, tritt ein neuer einheitlicher Preis von vier Kronen, wozu noch 2 Prozent Umsatzsteuer treten. Der Preis des elektrischen Stromes für Gewerbe und Industrie wird wesentlich verbilligt werden: Für die Gewerbe wird bis zu einer Kapazität von 7 KW. eine Kilowattstunde mit K 1.50 berechnet, bei einem höheren Verbrauch über 7 KW. ist der Preis der KW. mit K 180 jährlich bemessen. Der Verwaltungsrat erwägt auch, wie die Preise der Fahrkarten auf der elektrischen Straßenbahn reduziert werden sollen.

Die Kinobesitzer drohen mit der Schließung der Kinohäuser. Im Abgeordnetenhause fand sich eine Deputation der Kinobesitzer ein. Die Sprecher der Deputation wiesen auf die Krise der Kinos hin und ersuchten, daß die Kinobesitzer in die Gewerbelategorie eingereiht werden, für die dasselbe Steuerrecht wie für Besitzer anderer gewerblicher Unternehmungen gelten soll. Das heißt, daß Kinos nicht als Theaterunternehmungen angesehen werden, die außerordentlich hohe Steuern und Gebühren abführen müssen. Die Abordnung betonte, daß nur durch die Regelung der Steuer- und finanziellen Verhältnisse der Kinobesitzer gegenüber der Staatsverwaltung die Krise sich beheben lasse. Trifft die Regierung keine entscheidenden Schritte, durch die sie den Stand des Kinos erleichtern würde, werden ihre Besitzer zu dem äußersten Mittel greifen, daß heißt an die Schließung der Kinos gehen.

Unsere Toten. Dienstag früh ist in Bodenbach im Alter von fast 50 Jahren Genosse Richard Tenner der Proletarierkrankheit erlegen. Genosse Tenner, der im frühesten Kindesalter eine Verkümmernng des einen Beines durch eine Gelenkentzündung davontrug, kam im Jahre 1908 nach Bodenbach und hat beim „Volksboten“, als dieser in der Druckerei Müller gedruckt wurde, technisch mitgearbeitet. Als dann die Nordböhmische Druck- und Verlagsanstalt Gärtners u. Co. gegründet wurde, wurde Genosse Tenner ihr Faktor und hat da Hervorragendes geleistet. Tenner, der ein über eugler und pflichtbewusster Parteigenosse war, setzte besonders in der Kriegszeit, als die meisten Genossen im Felde standen, seine ganze Kraft daran, die Bewegung hochzuhalten. Tenner gehörte auch der Arbeitererfassungsbewegung an und war lange Zeit Mitglied des Kreisbildungsausschusses. Durch seine rege Tätigkeit für die Partei ist Genosse Tenner weit über die Grenzen des Bezirkes bekannt geworden. Die Druckerei Gärtners verliert in Genossen Tenner einen ihrer fleißigsten Mitarbeiter, unsere Partei einen der tüchtigsten Kleinrentner des Bezirkes. Tenner hinterläßt eine Witwe und vier zum Teil schon verstorben Kinder.

Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit. Dieser Tage hat in Aussig die beschäftigungslose Irma B. aus Böhm.-Leipa im Hofeggerpark in selbstmörderischer Absicht Gift auf sich genommen. Der Zustand des Mädchens, das sofort ins Krankenhaus überführt wurde, ist zwar nicht lebensgefährlich, doch hat es schwere innere Verletzungen erlitten. Irma B. kam am Tage des Selbstmordes zu einer ihrer Bekannten und besloß sich, daß sie weder Geld noch Arbeit habe. Es bleibe ihr nichts anderes übrig, als Gift zu trinken. Trotz Zuredens ließ sich das Mädchen von seiner Absicht nicht abbringen und hat die Tat dann einige Stunden später auch vollführt.

Geburten und Todesfälle in der Slowakei und Karpathenland in den Jahren 1919 und 1920. In der Slowakei wurden im Jahre 1919 insgesamt 93.247 Kinder geboren (davon 91.799 lebende und 1.448 totegeborene), im Jahre 1920 insgesamt 98.892 Kinder (97.224 lebende und 1.668 totegeborene); in Karpathenland wurden im Jahre 1919 20.726 Kinder geboren (20.553 lebende und 173 totegeborene); im Jahre 1920 im ganzen 20.567 (20.432 lebend, 135 totegeborene). Im Jahre 1919 starben in der Slowakei 57.509 Personen, in Karpathenland 13.437 Personen; im Jahre 1920 sind in der Slowakei 61.177, in Karpathenland 19.037 Personen gestorben. Demnach hat die Einwohnerzahl durch die natürliche Bewegung in der Slowakei im Jahre 1919 um 34.290, im Jahre 1920 um 36.047 Personen zugenommen; in Karpathenland erhöhte sich die Einwohnerzahl im Jahre 1919 um 7.116, im Jahre 1920 um 1.395 Personen. Ueber die Anzahl der Eheschließungen in der Slowakei und Karpathenland in den Jahren 1919 und 1920 bringt die Kr. sieben der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, der auch die Daten über die natürliche Bewegung entnommen sind, folgendes: In der Slowakei wurden im Jahre 1919 45.846 Ehen geschlossen, (auf 1.000 Personen entfielen 15,3), im Jahre 1920 29.382 (auf 1.000 Personen entfielen 9,8 Eheschließungen); in Karpathenland im Jahre 1919 11.692 (20,4 auf 1.000 Personen), im Jahre 1920 6.938 Eheschließungen (12,1 auf 1.000 Personen).

„Englische Frauen in der Politik.“ Der deutsche Verein „Frauenfortschritt“ veranstaltet Donnerstag den 12. d. M., um 8 Uhr, im Saale seines Hauses (II., Kralauergasse 21) einen Vortragabend, an welchem der bekannte englische Politiker und Nationalökonom, Genosse Mr. Verbit Lawrence, über das Thema „Englische Frauen in der Politik“ sprechen wird. Ueber Wunsch der Anwesenden wird eine deutsche Zusammensetzung des Vortrags gegeben werden. Der Vortrag ist allgemein zugänglich.

Befreiungen von der Zahlung der Militärtaxe. Dem Abgeordnetenhause ist der Regierungsentwurf über die Aufhebung der bisher geltenden Gesetze über die Militärtaxe vorgelegt worden. Es sind dies die Gesetze vom 13. Juni 1880 und 10. Feber 1907, sowie die einschlägigen ungarischen Gesetze, welche

Eine Warnung an die österreichischen Faschisten und ihre Hintermänner.

Wien, 11. April. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses brachte Abgeordneter Deutsch das Verhalten der Wiener Polizei zu den Uebungen der Frontkämpferorganisation am 8. April zur Sprache. Er sagte, die Polizeidirektion habe wohl die Versicherung gegeben, sie werde die Abhaltung der Frontkämpferübung am 8. April verhindern. Die Uebung hat aber trotzdem stattgefunden. Die Polizei wußte, wo die Uebung stattfinden wird. Am 8. April haben sich um acht Uhr vormittag an dem vorher bestimmten Zusammenkunftsort die Frontkämpfer eingefunden, um mit der Straßenbahn nach dem Uebungsplatz zu fahren. Aber statt das zu verhindern, hat sich der Polizeirat, der an dem Zusammenkunftsort sich eingefunden hatte, mit den Frontkämpfern unterhalten und beim Abschiede den Frontkämpferführern die Hand gedrückt. Die Polizeidirektion hatte sicher den besten Willen, die Uebung zu verhindern, aber die untergeordneten Organe haben ihre Befehle nicht befolgt. Wenn die Polizei solche Gefahren nicht verhüten kann, so werden wir sie verhüten. Wir werden nicht warten, bis der Schauplatz dieser Uebungen in die Proletariatsorte verlegt wird. Da die Polizei also nicht ver-

lässlich ist, müssen für den nächsten Sonntag, für den neue Ereignisse vorgesehen sind, die größten Befürchtungen herrschen. Wir müssen gegen solche Vorkommnisse Verwahrung einlegen. Man sagt, daß sich die Uebungen gegen die Juden richten, aber sie richten sich gegen die Arbeiterschaft. Wie der nächste Sonntag ausgehen wird, ist noch vollständig ungewiß. Hoffentlich sind Maßnahmen getroffen, um neue Zusammenstöße zu verhindern, sonst würde die Regierung die Verantwortung für alles tragen.

Der Bisanzler Franz erklärte, daß er die vom Genossen Deutschen gemachten Ausführungen noch genau prüfen lassen werde, und daß nach einer ihm zugekommenen Mitteilung die Nationalsozialisten ihre Uebung für den nächsten Sonntag abgesetzt haben. Er könne versichern, daß die Polizei in Wien genug stark ist, um alle Ausschreitungen zu verhindern, und daß sie weder von der noch von jener Seite eine Unterstützung beanspruchen werde.

Genosse Deutsch entgegnete dann, daß die Sozialdemokraten zwar auf dem Boden der Demokratie stehen, daß sie aber, wenn sie vom Faschismus herausgefordert werden, zum Antifaschismus greifen müßten.

Telegramme.

Eine Niederlage der englischen Regierung.

London, 10. April. (Reuter.) (Unterhaus.) In der Frage der Verwendung von vormaligen Soldaten in der Zivilverwaltung hat die Regierung mit 145 gegen 138 Stimmen eine Niederlage erlitten. Die Niederlage der Regierung erfolgte bei der rein technischen Frage, ob die Veranlagung des Etats für den Zivildienst fortgesetzt werden solle. Unmittelbar vor der Abstimmung fand eine Aussprache über die Frage der Verwendung früherer Soldaten im Zivildienst statt. Die Abstimmung über die technische Frage kam unerwartet und viele Anhänger des Ministeriums waren abwesend. Es ist noch nicht bekannt, ob die Niederlage der Regierung politische Folgen nach sich ziehen wird, aber die technischen Folgen sind ernst, da das Haus durch seine Abstimmung beschloß, den Etat für den Zivildienst nicht zu erörtern. In den Wandelgängen des Unterhauses wurde die Niederlage der Regierung eifrig besprochen. Die Anhänger des Ministeriums gaben zu, daß trotz der technischen Frage, bei der die Regierung geschlagen wurde, eine mißliche Lage geschaffen worden ist und daß das Ansehen der Regierung gelitten hat. Wie verlautet, wird die Regierung wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit dem Hause den Antrag wieder unterbreiten, bei dem sie geschlagen wurde, und so die heutige Abstimmung ansprechen, um so die Krise zu verhindern.

Bei Bekanntwerden der Niederlage der Regierung kam es zu äußerst erregten Szenen. Als die Zahl der Stimmen bekannt gegeben wurde, erhoben sich die Mitglieder der Opposition und brachen in lang andauernde Beifallsrufe aus. Mehrere Mitglieder winkten mit Taschentüchern, warfen Schriftstücke in die Luft und schrien: „Zurücktreten! Macht eure Wahlaufrufe fertig!“ Die Beifallsrufen dauerten mehrere Minuten lang. Hierauf sagte Macdonald, was die Regierung zu tun beabsichtige, und schlug vor, sie möge die Vertagung des Hauses beantragen. Im Namen der Regierung beantragte Neville Chamberlain die Vertagung auf Mittwoch. Das Haus gab diesem Antrage unter ironischen Beifallsrufen der Opposition statt.

Der Irenführer getötet.

Dublin, 11. April. (Havas.) Der Führer der Aufständischen Liam Lynch, welcher gestern gefangen genommen wurde, ist seiner Verletzung erlegen.

London, 11. April. (M.) Der Dubliner Berichterstatter der „Evening News“ meldet, daß Liam Lynch sein Leben opferte, um De Valera zu retten. Als nämlich die Regierungstruppen sich dem Orte näherten, wo eine Beratung abgehalten wurde, gaben die Wachtposten Warnungsschreie und Lynch, als Anführer der Truppen, übernahm die Verteidigung. Sein Kampf hatte den Erfolg, daß De Valera und die übrigen Mitglieder des Volkskongresses flüchten konnten. Die aufreuerischen Soldaten versuchten sodann den verwundeten Lynch zu retten, aber die verfolgenden Truppen waren ihnen so auf den Fersen, daß sie ihn an Ort und Stelle lassen mußten. Der Korrespondent sagt, daß es keinem Zweifel unterliege, daß die Führer der aufständischen Bewegung eine wichtige Beratung abhielten und es ist möglich, daß sie sogar über die Frage, ob sie den Kampf aufgeben sollten, verhandelten. In Dublin hegt man große Hoffnungen auf einen Frieden. De Valera mit Gräfin Markiewicz sowie auch Van Breen sind in die Berge entflohen, wohin sie die Regierungstruppen verfolgen. Man erwartet ihre Festnahme.

Noch eine Niederlage Brantings.

Stockholm, 10. April. (Sch. P. B.) Nachdem der Ausgleichsantrag des zuständigen Reichstagsausschusses betreffend die Richtlinien für die Unterstützung der Arbeitslosen am vergangenen Donnerstag von der ersten Kammer abgelehnt

worden war, hat der Reichstag heute in gemeinsamer Abstimmung den ursprünglichen Antrag des Ausschusses, als dessen Urheber der liberale Abgeordnete C. B. Esmann betrachtet wird, mit 199 gegen 153 Stimmen angenommen. Von den 150 Mitgliedern der ersten Kammer stimmten 84 für und 50 gegen den Ausschufsantrag, von den 230 Mitgliedern der zweiten Kammer 115 für und 103 gegen den Antrag. Die Minderheiten stimmten für den Vorschlag des Rabinetts Branting.

Zugekändnisse an die Kroaten.

Rom, 11. April. „Giornale die Roma“ erklärt: Die gestrigen Blättermeldungen, wonach auf Grund eines zwischen Pafic und Radic getroffenen Uebereinkommens Jugoslawien in vier autonome Staaten geteilt werden soll, treffen nicht zu. Nach Belgrader Nachrichten sei Ministerpräsident Pafic nur bereit, die Würde eines Vankus von Kroatien, dem ein kroatischer Gouverneur unterstellt werden soll, wiederherzustellen.

Obligates Schiedsgericht Ungarn-Oesterreich.

Budapest, 11. April. (M. B.) Der österreichische Gesandte in Budapest, Calice, und der ungarische Minister des Aeußern, Daruvarh, haben heute in Budapest ein Uebereinkommen betreffend die obligatorische Schiedsprechung zwischen den beiden Staaten unterzeichnet. Sollten Streitfragen nicht in freundschaftlichem Einvernehmen geregelt werden können, so werden sie vor einem oder mehreren zu diesem Zweck eigens gewählte Schiedsrichter gebracht. Aus Zweckmäßigkeitsgründen kann eine solche Streitfrage auch dem ständigen internationalen Gerichtshofe unterbreitet werden.

Aus der Slowakei.

Rajshan, 11. April. (Sch. P. B.) Kurz vor Mitternacht am 10. d. M. überfiel eine viergliedrige ungarische Militärpatrouille auf unserm Gebiete im Birkenwäldchen bei Hym eine tschechoslowakische Finanzgrenzpatrouille, bestehend aus dem Verwalter der Finanzwache Josef Sedlaczek und dem Finanzwachmeister Verka. Sedlaczek wurde verwundet, gefangen genommen und nach Ungarn geschleppt. Dem Waidmischer Verka gelang es, zu entkommen. Nach einer eingetroffenen Meldung soll Sedlaczek seiner Verwundung bereits erlegen sein und sein Leichnam befände sich in Sidasunem. Es wurden Schritte unternommen, daß Sedlaczek freigelassen werde, gegebenenfalls, daß sein Leichnam auf tschechoslowakisches Gebiet überführt und obduziert werde. (Die Verantwortung für diese etwas mysteriöse Meldung überlassen wir dem tschechischen Presbüro. D. Red.)

Gerichtssaal.

Ein deutsch-öber Ehrab. Schneider gerichtet.

Im Verlaufe eines politischen Gespräches, das am 19. August 1922 im Gasthause Strahberger in Ofegg stattfand, machte der „deutsch-öber“ Eduard Siegert, Zögernsarbeiter in Ofegg, die Aeußerung: „Die Union der Bergarbeiter ist ein Schwindel, sie beschwindelt ihre Leute!“ Siegert erklärte damals, als er zur Rede gestellt wurde, daß er wisse, was er spreche, und daß er seine Worte gegebenenfalls auch verantworten könne. Die „Union der Bergarbeiter“ erhob durch ihre Vertreter, die Genossen Jarolim und Pohl, gegen Siegert die Ehrenbeleidigungsklage, über welche beim Bezirksgericht Dux am 16. September die erste Verhandlung stattfand. Siegert wurde in dieser Verhandlung zu vier Tagen Arrest, beziehungsweise 200 K Geldstrafe und zum Ertrag der Kosten des Strafverfahrens verurteilt. Siegert, der damals zu der Verhandlung mit einem Vertreter des Duxer „Tag“ erschienen war, legte gegen das Urteil Berufung ein. Die Berufungsverhandlung, die am 24. Jänner beim Kreisgericht Brüx stattfinden sollte, wurde verlagert, da Siegert einen umfangreichen Wahrheitsbeweis anbot, der vom Gericht zugelassen wurde. Das Gericht nahm auch die Einvernahme der von Siegert geführten Zeugen, des Sekretärs der deutschsozialistischen Bergarbeiter in Brüx Heinrich Proskle und des Sekretärs der nationalsozialistischen Partei in Teplich Franz Steiner vor. Der Zeuge Steiner erklärte, er wisse von Bergarbeiterfragen nichts und Sekretär Proskle konnte natürlich auch nichts ansagen, womit der Vorwurf „Schwindel“ als bewiesen angesehen werden konnte. Die fortgesetzte Berufungsverhandlung wurde nun am 4. April vom Kreisgericht in Brüx zu Ende geführt. Der Prozeß endigte mit einer vollständigen Niederlage Siegerts und der hinter ihm stehenden nationalsozialistischen Partei. Die Berufung wurde nämlich zurückgewiesen und das Urteil des Duxer Bezirksgerichtes bestätigt. Außerdem wurde Siegert noch zur Tragung aller weiteren inzwischen angewachsenen Prozeßkosten verurteilt. Der von den Vertretern der Union angebotene Gegenbeweis wurde nicht zugelassen, da er als gänzlich überflüssig erkannt wurde. Dadurch hat das Kreisgericht Brüx festgestellt, daß der angetretene Wahrheitsbeweis Siegerts so vollständig und die aufgestellten Behauptungen so wenig stichhaltig sind, daß sie einer Widerlegung gar nicht bedürfen. Wie in Ofegg verlautet, hat Siegert die Berufung und den so kläglich mißlungenen Wahrheitsbeweis nur über Kuratzen der nationalsozialistischen Partei.

Wirtschaft und Sozialpolitik

Arbeitslosigkeit und Auswanderung. Nach einer Mitteilung des Fürsorgeministeriums, das von tschechischen Auswanderungslustigen geradezu bedrängt wird, und Warnungen anderer Anstalten an hauptsächlich slowakische Auswanderer, muß die Auswanderung aus der Republik im heutigen Frühjahr Rekordhöhen erreichen. Das Fürsorgeministerium führt darüber Klage, daß es in der letzten Zeit Vahgeheude in solcher Menge erhalte, daß die Erledigung dieser Wünsche bereits die eigenen Auswandererogenden unmöglich mache. Das Fürsorgeministerium, das, wie jeder wissen sollte, keine Poststelle ist, flüchtet nun in seiner Not in die Öffentlichkeit. Nur leider, daß den bedauernswerten Auswanderern wenig geholfen sein wird, wenn sie vom Ministerium an die Poststelle gewiesen werden. Die armen Slowaken und alle anderen Bürger dieser Republik brauchen Brot, Arbeit und ein Obdach in der Heimat, dann wäre dem Fürsorgeministerium und auch den Poststellen halb geholfen.

Die neueste Verlaufsliste der „Bohemia“-Gefallen. Zu den bereits gemeldeten, durch den Zusammenbruch der „Bohemia“ in Mitleidenschaft gezogenen Unternehmungen sind in den letzten Tagen drei weitere gestiegen, die mit dieser Bank in Verbindung standen. So büßt die Internationale Transportgesellschaft 14, die Firma „Cosmos“ 16, die Gesellschaft „Comer“ 12 Millionen tschechische Kronen ein.

Gewerkschaftsdisziplin je nachdem . . . Der Vorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat im Februar 1922 folgende Richtlinien aufgestellt: „Am den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen . . . wir müssen die strengste Disziplin einführen . . . man muß auf Disziplin achten . . .“ Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schiedspruch möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen.“ Diese Worte sollten jedem „Wilden Mann“, der sich gegen die Verbandsdisziplin auflehnt, unter die Nase gehalten werden. Was die Kommunisten von den Arbeitern verlangen, dürfen wohl auch die freien Gewerkschaften von ihren Mitgliedern verlangen, ohne neue Beschimpfungen von den Reichsberger Arrabalden zu ernten.

Neuerliche Verschärfung im steirischen Bergarbeiterstreik. Dienstag fand im steirischen Bergrevier die Urabstimmung über die von den Unternehmern gemachten Lohnzugeständnisse statt. In der Urabstimmung wurden diese Zugeständnisse von 98 Prozent der an der Lohnbewegung beteiligten Bergarbeiter abgelehnt, sodas der Streik nicht nur in Mittelsteiermark, sondern auch in Obersteiermark weitergeht.

Staatliche Vorförderung — in Deutschland. Wie uns aus Berlin berichtet wird, hat die Reichsregierung beschlossen, den einzelnen Ländern 430 Milliarden Mark aus Mitteln des Reiches zur Förderung der Bauätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

| | | |
|------------------|-------------|----------|
| Zürich | Schw. Frant | 16.30'00 |
| Berlin | Mark | 631'58 |
| Wien | öferr. Kr. | 2131'00 |

Prager Kurse am 11. April.

| | Gold | Ware |
|---------------------------------|----------|----------|
| 100 holl. Gulden | 1344'00 | 1348'00 |
| 10.000 Mark | 15.87'50 | 16.87'50 |
| 100 belg. Franks | 192'25 | 193'75 |
| 100 schweiz. Frant | 618'75 | 621'25 |
| 1 Pfund Sterling | 158'75 | 160'25 |
| 100 Lire | 170'75 | 171'25 |
| 1 Dollar | 34.20'00 | 34'60'00 |
| 100 franz. Franks | 225'25 | 226'75 |
| 100 Dinar | 35.12'50 | 35.62'50 |
| 10.000 magyar. Kronen | 78.50'00 | 80.50'00 |
| 10.000 poln. Mark | 7.75'00 | 8.75'00 |
| 10.000 öferr. Kronen | 4.67'50 | 5.17'50 |

Züricher Schlusskurse am 11. April.

| | Gold | Ware |
|--------------------|------------|------------|
| Paris | 26.25'00 | 26.35'00 |
| London | 25.49'00 | 25.25'00 |
| Berlin | 0.02.58'90 | 0.02.31'00 |
| Wien | 27.07'50 | 27.25'00 |
| Sofield | 214'25 | 214'75 |
| Wien | 0.00.70'50 | 0.00.77'00 |
| Budapest | 0.11'00 | 0.12'00 |
| Bras | 16.25'00 | 16.37'50 |
| New York | 5.47'50 | 5.48'50 |
| Belgrad | 5.40'00 | 5.50'00 |
| Prag | 001.25'00 | 01.37'50 |
| Wien gefl. | 0.00'00 | 0.00'00 |

Kunst und Wissen.

„Lucia von Lammermoor“. Donizetti war ein Vielschreiber, er hat über 70 Opern komponiert. Als er in Wahnsinn verfallen war, sagte ein Vohstater: „Welcher Mensch würde nicht wahnsinnig, wenn er flehigmal dasselbe schriebe.“ Etwas übers Ziel geschossen, ist beinahe die Scheibe getroffen. Besonders in den ersten Opern des Komponisten macht sich der Mangel originellerer rhythmischer und melodischer Erfindung fühlbar; da es der Roloraturpartien aber nicht allzu viele gibt, wird auch die unglückliche Lucia zeitweise hervorgehollt. Frau Maria Gerhart war eine gute Lucia, nicht nur in gefangtchnischer Hinsicht, sondern besonders was musikalische Farbgebung anbelangt. Die schlichsten Stellen gerieten oft überraschend. Auch die große Wahnsinnszene hat, obwohl sie schärfere Kontrastierungen

vertragen hätte, ihre Wirkung nicht verfehlt und der Künstlerin lebhafto Reaktionen eingetragen. Als Ohardo hatte Otto Nacha einen schönen wohlverdieneten Erfolg. Seine unpolierte natürliche Art, das stliche Streben nach Vertiefung und gefanglicher Vervollkommnung verdienen alle Anerkennung. Auch zur reibungslosen Verbindung der Brustfunktion und Kopffunktion der Stimmänder, wie es die Sterbebene verlangt, sind gute Ansätze vorhanden, auf deren Pflege der Sanger verweisen sei. Die Herren Fuchs, Lober und Ludwig, sowie Frau Gerz vervollständigten das treffliche Ensemble der von Kapellmeister Ullmann sicher und stillvoll geleiteten Aufführung, die auch Prof. Rager für den vollendeten Vortrag des gefährdeten Harfen-Intermezzos einen stürmischen Separaterfolg trug. Dr. F. K.

Neues Theater. Heute, Donnerstag, das mit großem Beifall wiedererwonnene Grillparzer'sche Märchenrama „Der Traum ein Leben“. Morgen, Freitag, Verdis große Oper „Ernani“ mit Richard Rusla. Samstag Gastspiel C. Lewing „Lohengrin“. Sonntag nachmittags „Wildschütz“, 7 Uhr abends zum erstmaligen Neuen Theater „Chururlaub“.

Kleine Bühne. Heute, Donnerstag, halb 8 Uhr, Kammeroper, Gastspiel Eisenberg „Costa Jan tutte“; morgen, Freitag, und Sonntag abends Gastspiel Paul Morgan Einakter-Abend; Samstag „Die kleine Sänderin“; Sonntag, halb 3 Uhr, das Bronnen-Drama „Vatermord“.

Premiere „Kajsa, die Tänzerin“. Jean Gilberts neueste Operette „Kajsa, die Tänzerin“ gelangt Dienstag im Neuen Theater unter Spielleitung Karl Fichers und musikalischer Leitung Schrolls und Mitwirkung des gesamten Operettenpersonals zur Erstaufführung.

Gastspiel Paul Morgan. Der bestbezte Wiener Komiker spielt morgen, Freitag, und Sonntag abends in der Kleinen Bühne die komischen Hauptrollen in den lustigen Einaktern „Streichquartett“, „Der unsichtbare Mensch“, „Spizer telephoniert“, die in Wien durchschlagenden Heiterkeitserfolg hatten.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Schludnau. Am Sonntag den 8. April fand in Dahn's Gasthaus in Großschönau eine Bezirkskonferenz des Bezirkes Schludnau-Sainspach statt. Vertreten waren elf politische Organisationen und Arbeitersportvereine durch 42 Delegierte. Zum Punkte Raifeier wurden folgende Beschlüsse einmütig gefasht: Die Konferenz begrüßt den Beschluß der Bezirkssekretive, eine für den ganzen Bezirk einheitliche Raifeier im Gasthaus zum Bosenberg abzuhalten. Die sozialdemokratischen Arbeiter des Bezirkes werden nur an der sozialdemokratischen Raifeier teilnehmen. Alle anderen sogenannten „gemeinsamen Feiern“ werden strikte abgelehnt. Die Unterhaltungsabende, welche von den Arbeiterturnvereinen veranstaltet werden, sind zu besuchen. Den Arbeiterturnvereinen aber wird emp-

fohlen, in Zukunft ihre Unterhaltungen auf einen anderen Tag zu verlegen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung berichtete Genosse Keyzl über die Beschlüsse des Reichsausschusses und über unser Zentralorgan. Den Beschlüssen wurde nach längerer Debatte, welche sich ausschließlich im Sinne der Ausführungen des Referenten bewegte, einmütig zugestimmt. Eine Anzahl Delegierter meldete sofort ihr Abonnement für den „Sozialdemokrat“ an. Bei Punkt: Partizeangelegenheiten überbrachte Genosse Weber die Aufforderung des Parteivorstandes, im Kampfe gegen das Schutgesch in den Organisationen nicht zu erlahmen und die Aktionen gegen die Wirtschaftsknot und Arbeitslosigkeit in stetigem Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen durchzuführen. Nach einigen kleineren Mitteilungen schloß sodann der Vorsitzende die erhebend verlaufene Konferenz.

Bezirkskonferenz Leitmeritz. Sonntag den 8. ds. in der Elberestaurations Vertreten waren die Lokalorganisationen Leitmeritz, Lobositz, Prosimil, Mirschowitz, Al.-Czernosek und Pokratitz durch acht Genossen und vier Genossinnen; ferner waren anwesend vier Mitglieder der Bezirksvertretung und Genosse Pözl für die Kreisvertretung. Den Tätigkeitsbericht erstattete Genosse Buresch. Es fanden 32 Versammlungen und fünf Sitzungen der Bezirkssekretive statt. Hierauf referiert Genosse Pözl über Organisation, Presse und Gemeindevahlen. Er weist nach, wie notwendig die politische, die gewerkschaftliche und die konsumgenossenschaftliche Organisation für die Arbeiterchaft ist. Erst diese drei Organisationen zusammen ermöglichen einen wirksamen Arbeiterschutz, weshalb es dringend geboten ist, daß jede Arbeiter und Angestellte Mitglied dieser Organisation werde. Dazu gehört aber auch die Parteipresse, die jeder Organisierte lesen und abonnieren soll. Die Gemeindevahlen, so führte Genosse Pözl dann weiter aus, müssen von unseren Organisationen sorgsam vorbereitet werden. Unsere Vertrauensmänner müssen daher jetzt schon rege agitieren und Aufklärung verbreiten. Sie müssen sich mit den Genossen ihrer Nachbargemeinden ins Einvernehmen setzen, damit die Lokalorganisationen ausgebaut, und wo solche nicht bestehen, eben gegründet werden. Genosse Pözl schildert schließlich noch den Angriff der Unternehmer der chemischen Industrie auf die Arbeiterschaft. Das Referat wurde von der Konferenz mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und wirkte eindrucksvoll. Dann wurde beschlossen, daß die Raifeier gemeinsam in Lobositz stattfinden soll. In die Bezirksvertretung wurde als Bezirksvertrauensmann Genosse Josef Buresch gewählt.

Kreiskonferenz in Reichenberg. Sonntag den 29. April, um 8 Uhr vormittags, findet in der Vereinshalle in Reichenberg, Spitalgasse 85, die diesjährige ordentliche Kreiskonferenz statt, der folgende Tagesordnung vorgeschlagen wird: Berichte, politisches Referat (Thema und Redner werden ehest bekanntgegeben, Organisation und Presse, Reuwahlen und Partizeangelegenheiten.

Bezirkskonferenz Komotau. Am Sonntag, den 6. Mai, 9 Uhr vormittags, findet in den Komotauer städtischen Partzalen (Gesangvereinszimmer) die halbjährige Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, unsere Presse (Referent Genosse Jalsch) und Ausbau unserer Organisation (Referent Genosse Stabiler).

Sammlungsaussweis für den Monat März 1922. Parteiliste: 1. Brünn 1400 K, 2. Teplitz 1600 Kronen, 3. Prahburg 140 K, 2. Mies 800 K, 3. Bodenbach 1910 K, 10. Aulstij 1200 K, 16. Teplitz 1600 K, 17. Mies 1400 K, 21. Karlsbad 1600 K, 24. Karlsbad 1200 K, 28. Trautenau 800 K, 28. Eger 250 K. Zentralwahlsond: 1. Brünn 700 K, 2. Teplitz 800 K, 2. Prahburg 70 K, 2. Mies 400 K, 3. Bodenbach 830 K, 10. Aulstij 600 K, 16. Teplitz 800 K, 17. Mies 700 K, 21. Karlsbad 800 K, 24. Karlsbad 600 K, 28. Trautenau 400 K.

Turnen und Sport.

Kleine Sportnachrichten. Das am Dienstag in Prahburg stattgefundene Städtewettspiel Berlin-Prahburg brachte einen 2 : 1 Sieg Berlins. Die Berliner waren technisch besser und überlegten besonders durch ihr hervorragendes Kopfspiel. — Wie wir bereits gemeldet haben, tritt am Sonntag in Prag der I. F. C. Nürnberg gegen die Sparta im Retourwettspiele an. Sparta, die beim letzten Treffen, das im vorigen Herbst auf Proger Boden stattfand, von Nürnberg glatt mit 3 : 0 geschlagen wurde, wird jedenfalls Sonntag Mühe haben, gegen die sich wieder in Hochform befindlichen Nürnberger ein gutes Resultat zu erzielen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, für den Druck verantwortlich: C. Solth.



Die II. ordentliche GENERAL-VERSAMMLUNG

der Aktionäre der Bank für Handel und Industrie ehemals „Länderbank“ in Prag findet Donnerstag, den 26. April 1923, 5 Uhr nachmittags, im Anstaltsgebäude, Prag, Nám. Republiky 6, statt.

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
- Bericht der Rechnungsrevisoren.
- Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes des Jahres 1921.
- Statutenänderungen:
 - Erweiterung der Grenze für die Entgegennahme von Einlagen auf Einlagenbüchel und Kassenscheine von Kč 180.000.000.— auf Kč 250.000.000.— (§ 7).
 - Vermehrung der Zahl der Revisoren auf vier und deren Stellvertreter auf drei (§ 43).
 - Richtigstellung eines Druckfehlers (§ 60).
- Wahlen in den Verwaltungsrat (§ 33).
- Wahlen der Rechnungsrevisoren und ihrer Ersatzmänner und Bestimmung der Höhe der den Rechnungsrevisoren und ihren Ersatzmännern gebührenden Entlohnung (§ 43).
- Freie Anträge.

Die stimmberechtigten Aktionäre (§ 20) welche an der Generalversammlung teilzunehmen wünschen, werden hiemit eingeladen, ihre Aktien spätestens am 17. April 1923 zu deponieren und zwar: bei der Bank für Handel und Industrie ehemals „Länderbank“ in Prag oder bei der Agrární banka Československá in Prag. Die Aktien sind arithmetisch geordnet mittels einer einfachen Konsignation einzureichen und wird den Einreichern hierüber eine Empfangsbestätigung ausgefolgt, gegen welche nach abgehaltener Generalversammlung die Aktien zurückgestellt werden.

PRAG, den 7. April 1923.

Der Verwaltungsrat.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien.
Direktion für die tschechoslowakische Republik
empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen.
Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen.
Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. 1047
Bureau REICHENBERG, Bahnhofstraße Nr. 19.

Gesucht wird für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei ein 1532
Bezirkssekretär.
Rur Genossen, die auf eine vieljährige Parteitätigkeit hinweisen können, allen organisatorischen und agitatorischen Aufgaben gewachsen sind, wollen sich melden. Zuschriften unter „Bezirkssekretär“ an die Verwaltung d. Matzß.
STEMPEL Inserieren Sie im
F. CHMEL
Prag II., Nekazanka 18. „Sozialdemokrat“